

„Effekt für hiesige Autoindustrie ist eher gering“

Umweltministerin Tanja Gönner über die Abwrackprämie und Klimapolitik in Zeiten der Wirtschaftskrise

Stuttgart – Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Konjunkturpaket – von Umweltschutz und Klimawandel redet derzeit niemand. Anders Tanja Gönner. Im Interview erklärt die CDU-Umweltministerin, warum in diesen Tagen auch sie an allen Fronten gefordert ist.

Frau Gönner, Sie haben einst die Abwrackprämie aufs Tapet gebracht – aus rein ökologischem Antrieb. Jetzt soll der Verschrotungsbonus vor allem der darniederliegenden Wirtschaft dienen. Nicht gerade im Sinne des Erfinders, oder?

Wir hätten uns sicher eine stärkere ökologische Komponente gewünscht, etwa durch eine Differenzierung der Prämie. Sie wäre besser an den Schadstoffausstoß des Neuwagens gekoppelt. Und was den Nutzen für die Wirtschaft angeht: Ich glaube, dass die Abwrackprämie eher einen Mitnahmeeffekt darstellt – einen mit sehr hohen Kosten für den Staat. Sie wird wohl am ehesten dem Handel und der Zulieferindustrie helfen – der Effekt für die hiesige Automobilindustrie ist eher gering.



Gönner Foto: dpa

Als Wirtschaftsministerin würden Sie der Prämie also wenig abgewinnen, als Umweltministerin sagen Sie: völliger Murks?

Als Wirtschaftsministerin müsste ich sagen, sie ist ordnungspolitisch hinterfragenswert (lacht). Man darf aber auch nicht vergessen, dass wir uns in einer Krise befinden, wie sie die Bundesrepublik noch nie erlebt hat. Insofern ist es hin und wieder auch notwendig, Bedenken zurückzustellen und zu sagen, wir versuchen es eben so. Jetzt ist der Bundesfinanzminister gefordert, im Interesse der Umwelt die Umstellung der Kfz-auf eine CO₂-Steuer voranzutreiben.

Die aus umweltpolitischer Sicht ja auch nicht jedem einleuchtet – oder warum gibt es Steueranreize auch für schwere Geländewagen, die zwar schadstoffarm sind, aber immer noch viel verbrauchen?

Es ist zunächst einmal erfreulich, dass man jetzt den Schritt unternimmt, überhaupt auf die CO₂-Steuer umzustellen. Als Umweltpolitikerin tendiere ich zur progressiven Besteuerung, bei der mit steigendem Verbrauch die Steuerbelastung pro Gramm CO₂ zunimmt. Das würde sparsame Autos noch stärker begünstigen. Doch egal, wie man rechnet – auch wer ein Kleinfahrzeug fährt, wird deutlich einsparen. Im Übrigen wird die Steuer beim Neuwagenkauf nicht verkaufstsecheidend sein.

Auch hier gewinnt man den Eindruck, alles drehe sich nur noch um die Frage, wie der Autoindustrie geholfen werden kann. Nimmt die Klimapolitik eine Auszeit?

So nehme ich es nicht wahr. Die Konjunkturprogramme zielen ja auf die energetische Gebäudesanierung von öffentlichen Gebäuden ab. Die Förderprogramme für private Hausbesitzer werden auf Rekordniveau aufgestockt. Insofern wird nicht nur die Konjunktur angekurbelt, sondern auch der Umwelt geholfen. Schauen Sie sich unser Landesprogramm an: 70 Millionen Euro fließen in den Straßenbau, 61 Millionen in den Umweltbereich – für Hochwasserschutz, Klimaschutz und Alllastenbeseitigung. Ich erkenne da kein Ungleichgewicht. Im Übrigen ist die Politik oft weitsichtiger, als es den Anschein hat. So ist der Hochwasserschutz bei uns derzeit ein großes Thema – obwohl es in der Öffentlichkeit gerade keines ist.

Ein Dauerthema ist die Atomkraft. Wie wollen Sie die Energiebetreiber im Fall einer gewonnenen Bundestagswahl und im Fall von Laufzeitverlängerungen dazu bringen, 50 Prozent ihrer Gewinne in die Erforschung erneuerbarer Energien zu stecken?

Wir haben eine klare Gesetzeslage. Ohne eine entsprechende Vereinbarung wird es wohl keine Rücknahme der Laufzeitverkürzung geben. Die EnBW hat ja bereits Gesprächsbereitschaft signalisiert, sofern die anderen mitmachen. Wir als CDU haben uns klar positioniert: Keine neuen Kraftwerke, dafür die bestehenden länger laufen lassen und die Gewinne sinnvoll in die Zukunft investieren. Wir sind optimistisch, dass wir eine Lösung finden werden.

Auch in der Endlagerfrage? Oder dürfen wir uns im Wahljahr auf reichlich Gezänk mit Bundesumweltminister Sigmar Gabriel einstellen?

Ich will nicht von Gezänk sprechen. Der Kollege Gabriel und ich sind unterschiedlicher Auffassung, und sicher wird das in den nächsten Monaten ein Thema sein. Ich finde, dass Gorleben ein geeigneter Standort für ein Atommüllendlager ist und offensichtlich, dass die nächste Bundesregierung eine Lösung erzielt. Die Politik kann die Aufgabe nicht mehr vor sich herschieben.

Die Politik kann die Endlagerfrage nicht mehr vor sich herschieben

Nach dem Verursacherprinzip dürfte sich Baden-Württemberg nicht davonstehlen.

Die Endlagerfrage ist eine Bundesaufgabe. Man hat sich damals gegen eine Lösung mit mehreren Endlagern in Ländern mit Kernkraftnutzung entschieden. Nicht ohne Grund wurde eine Erkundung in Gorleben begonnen, die inzwischen rund 1,5 Milliarden Euro verschlungen hat. Ich glaube nicht, dass wir es uns leisten können, ständiger Milliarden in den Wind zu schreiben.

Thema erneuerbare Energien: Warum tut sich die Windkraft hierzulande so schwer?

Wir haben in allen Bereichen der erneuerbaren Energien noch Potenziale – bei der Windkraft genauso wie bei der Wasserkraft oder bei der Biomasse. Unser Energiekonzept ist breit angelegt...

... die größten Ausbaupotenziale gibt es aber bei der Windkraft.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Windkraft in weiten Teilen der Bevölkerung sehr emotional besetzt ist. Das merken wir daran, dass viele Planungen in Petitionsverfahren enden. Wir wünschen uns den Ausbau in Vorranggebieten und führen gerade eine Diskussion über den Ersatz bestehen-

der Anlagen. Hier bin ich offen, was die Umrüstung von Altanlagen außerhalb von Vorranggebieten angeht. Da sehe ich Potenzial. Das ist aber Sache des Wirtschaftsministeriums. Wir kommen Stück für Stück voran und werden unsere selbst gesteckten Klimaschutzziele erreichen.

Der Dichter Hermann Löns hat einmal geschrieben, dass die Naturverhüllung schnell voranschreitet, während der Naturschutz mühsam hinterherhinkt. Das war 1911. Wo stehen wir heute?

Interessant, dass das 1911 schon festgestellt wurde. Ich glaube, dass wir viel erreicht haben, wenngleich die Arbeit nie ausgeht – siehe Flächenverbrauch. Wir müssen wieder einen anderen Umgang mit der Natur lernen. Schließlich ist der Mensch ein Teil der Natur und damit des Ganzen.

Fragen von Gregor Preiss

Zur Person

Tanja Gönner

1969 geboren in Sigmaringen
 1986 Eintritt in die Junge Union
 1993-1997 Jurastudium an der Universität Tübingen
 1999 Zulassung als Rechtsanwältin
 2000 Wahl in den Bundesvorstand der Christdemokraten
 2001 Wahl zur CDU-Kreisvorsitzenden in Sigmaringen
 2002-2004 Mitglied des Bundestages
 2004-2005 Sozialministerin von Baden-Württemberg
 Seit 2005 Umweltministerin des Landes StN